

DER REGIONALRAT DÜSSELDORF

Nr. / Sitzung	StA	VA	PA	75. RR
Datum				13.12.2018
NIEDERSCHRIFT				
Düsseldorf, den 25. Februar 2019				

Ort der Sitzung: Plenarsaal der Bezirksregierung Düsseldorf

Beginn der Sitzung: 10.00 Uhr

Ende der Sitzung: 11.20 Uhr

Teilnehmer: siehe beigefügte Anwesenheitslisten

Tagesordnung

1. **Formalien**
2. **Genehmigung der Niederschrift über die 74. Sitzung des Regionalrates am 27.09.2018**
3. **Information über die aktuellen Entwicklungen im Regierungsbezirk Düsseldorf**
4. **Antrag auf Änderung des Regionalplans Düsseldorf (RPD) im Bereich Buschfeld in der Stadt Solingen**
5. **Prioritätenreihungen der Maßnahmen des Landesstraßenbauprogramms 2019 für die Um- und Ausbaumaßnahmen an Landesstraßen bis 3,0 Mio. € Gesamtkosten (UA IIa) und der Maßnahmen des Landesstraßenbauprogramms 2019 für die Radwegebaumaßnahmen an bestehenden Landesstraßen (UA IIr)**
hier: Berichterstattung und Beschlussfassung
6. **Landesstraßenbauprogramm 2019 für Maßnahmen des Landesstraßenausbauplans (UA III)**
7. **Beteiligung im Verfahren zur Freistellung von Bahnbetriebszwecken nach § 23 AEG**
8. **Kunst- und Kulturförderung**
9. **Gefahrenermittlung und Sanierung von Altlasten sowie weitere Maßnahmen des Bodenschutzes**
hier: Förderprogramm 2019

TOP 1 Formalien

Der Vorsitzende des Regionalrates, Herr Landrat Hans-Jürgen Petrauschke, begrüßt alle Anwesenden und besonders Frau Knappert, die ab 1.5.2019 die Nachfolge von Herrn Kießling (Leitung Geschäftsstelle Regionalrat) antritt und stellt die ordnungsgemäße Ladung fest.

Der Regionalrat beschließt die Tagesordnung.

TOP 2 Genehmigung der Niederschrift über die 74. Sitzung des Regionalrates am 27.09.2018

Frau Sickelmann (Bündnis 90/Die Grünen) hätte sich gewünscht, dass zu der Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Wasserschutzzone unter TOP 8 der letzten Regionalratssitzung der Wortbeitrag ihrer Fraktion doch kurz zusammengefasst worden wäre und gibt die Ausführungen dazu wieder. Herr Landrat Petrauschke schlägt vor, die Ausführungen von Frau Sickelmann als Anlage zur Niederschrift aufzunehmen.

Der Regionalrat genehmigt die Niederschrift.

TOP 3 Information über die aktuellen Entwicklungen im Regierungsbezirk Düsseldorf

Frau Regierungspräsidentin Radermacher begrüßt alle Anwesenden und besonders Frau Knappert, die ab dem 1.5.2019 als Nachfolgerin von Herrn Kießling die Leitung der Geschäftsstelle des Regionalrates übernimmt, da Herr Kießling Anfang Februar zum RVR wechselt. Weiter informiert sie über die aktuellen Entwicklungen im Regierungsbezirk Düsseldorf.

*Der Sprechzettel ist der Niederschrift als **Anlage 1** beigelegt. Die Videoaufzeichnung ist auf den Internetseiten der Bezirksregierung Düsseldorf im Sitzungsarchiv unter Top 3 der Tagesordnung der 75. Regionalratssitzung gespeichert.*

http://www.brd.nrw.de/regionalrat/archiv/Archiv_2018/doc/75RR_Tagesordnung/index.html

Der Vorsitzende dankt für die Ausführungen. Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Der Regionalrat nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 4 Antrag auf Änderung des Regionalplans Düsseldorf (RPD) im Bereich Buschfeld in der Stadt Solingen

Gegenstand war die Sitzungsvorlage 4/ 75 RR vom 13.11.2018.

Herr Müller (CDU) berichtet über die Beratung im Planungsausschuss und teilt mit, dass sich der Planungsausschuss mit 9 zu 8 Stimmen dem Beschlussvorschlag der Verwaltung angeschlossen hat.

Herr Krause (Bündnis 90/Die Grünen) verdeutlicht, dass der Stadtrat der Stadt Solingen mehrfach fast einstimmig beschlossen hat, das Gewerbegebiet Buschfeld aus dem Regionalplan herauszunehmen. Es handelt sich dabei nicht um eine simple Sachfrage, sondern um die Frage, ob die Belange der Bürgerschaft, Anrainer, Landwirtschaft, Naturschützer und Bürgerinitiativen ernstgenommen werden. Ferner geht es darum, ob die kommunale Selbstverwaltung einer Stadt – nicht nur der Stadt Solingen – ernst genommen wird. Und es geht darum, ob wissenschaftliche Erkenntnisse aufgenommen werden und darum einen kleinen Schritt in Richtung Ökologie, Flächensparen, Klimaschutz, hochwertige Böden und die Aufwertung des regionalen Grünzuges zu unternehmen und dies nicht nur verbal auszuführen. Herr Krause weist weiter darauf hin, dass das in Rede stehende weiträumige Bachtal in den letzten Jahrzehnten z.B. durch neue Siedlungs- und Gewerbegebiete mehr als halbiert worden ist und weitere Gewerbegebiete in der Planung sind. Angesichts der skizzierten Entwicklung sind die Sorgen der Bürgerinitiative um das Bachtal nicht verwunderlich.

In diesem Zusammenhang spricht Herr Krause (Bündnis 90/Die Grünen) ein von der Stadt Solingen in Auftrag gegebenes Gutachten an. Dieses kommt zu dem Ergebnis, dass die Fläche Buschfeld ökologisch nicht geeignet ist. Herr Krause merkt an, dass sich bis auf die FDP-Fraktion alle Fraktionen des Solinger Stadtrates (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und BfS der Empfehlung des Gutachtens angeschlossen haben. Im Gegensatz zur Regionalplanaufstellung besteht mittlerweile Konsens, dass Brachflächen vorrangig erschlossen werden sollen. In diesem Zusammenhang führt Herr Krause aus, dass gemäß dem in Erarbeitung befindlichen Brachflächenkonzept mit weiteren ca. 30 ha Brachflächen zu rechnen ist. Ebenfalls ist das vorhandene Gewerbeflächendefizit der Stadt Solingen, wie von der Bezirksregierung Düsseldorf ausgeführt, in den letzten fünf bis sechs Jahren nicht weiter angestiegen, sodass davon auszugehen ist, dass diese Lücke auch künftig durch weitere Gewerbebrachen geschlossen werden kann.

Abschließend weist Herr Krause (Bündnis 90/Die Grünen) auf die vor Ort betriebene ökologische Landwirtschaft hin und erläutert am Beispiel der Bäckerei Schüren, dass ökologische Landwirtschaft und erfolgreiches Wirtschaften Hand in Hand gehen können. Vor diesem Hintergrund regt Herr Krause an, auf die Kompetenz der Stadt Solingen im Umgang mit der Entwicklung von Brachflächen zu vertrauen, einen kleinen Schritt in Richtung Ökologie zu machen und das Gewerbegebiet aus dem Regionalplan Düsseldorf herauszunehmen, um damit eine lokale und regionale Glaubwürdigkeit zu erhalten.

Herr Papen (CDU) führt aus, dass die Stadt Solingen nicht beschließen kann, das Gewerbegebiet aus dem Regionalplan herauszunehmen. Die CDU-Fraktion beabsichtigt in keiner Weise die Planungshoheit der Stadt Solingen einzuschränken. Die Stadt Solingen ist frei in der Entscheidung, die Fläche in Anspruch zu nehmen. Insofern liegt die Entscheidung weiter in der Hand der Stadt Solingen. Da sich seit der Aufstellung des Regionalplans jedoch keine maßgeblichen Veränderungen ergeben haben, bittet er darum beim Abstimmungsverhalten wie bei dem zum Regionalplan zu bleiben und dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zuzustimmen. Er beantragt geheime Abstimmung.

Wie Frau Sinowenka (SPD) darlegt, hat die Stadt sich in einem mehrjährigen Prozess mehrheitlich dazu entschlossen den Flächenverbrauch zu senken und das Gebiet herauszunehmen. Sieverweist in diesem Zusammenhang auf den Appell des Oberbürgermeisters der Stadt Solingen an die Fraktionen des Regionalrates Düsseldorf, sich dem Wunsch der Stadt Solingen nicht zu verschließen. Angesichts des Lobes, das die Stadt Solingen für Ihr Brachflächenkataster erhalten hat, liegt keine direkte Not vor, das Gebiet zu entwickeln. Es besteht die Sorge von Bürgern, dass mit der Ausweisung im Regionalplan der erste Schritt gemacht wird diese hochwertige Fläche zu versiegeln.

Bezug nehmend auf die Ausführungen von Herrn Papen weist Frau Sickelmann (Bündnis 90/Die Grünen) auf die Anpassungspflicht der kommunalen Flächennutzungspläne hin und hält fest, dass die Stadt Solingen insofern nicht ganz frei ist. Dies gelte auch bei potentiellen Investorenanfragen.

Herr Schiffer (FDP/FW) sieht für seine Fraktion trotz aller Einwände keine Änderung an der bisherigen Lage im Vergleich zur Sachlage während der Erarbeitung des Regionalplanes. Insofern wird seine Fraktion dem Beschlussvorschlag der Verwaltung folgen.

Herr Krause (Bündnis 90/Die Grünen) bittet um Erläuterung des weiteren Verfahrens.

Herr Petrauschke (CDU) erklärt zu der geheimen Abstimmung, dass mit „Ja“, „Nein“ und „Enthaltung“ gestimmt werden kann. Es gibt nur eine Stimme und es wird der Reihe nach einzeln aufgerufen, um dann im Nachbarraum zu wählen. Er erläutert, dass wer bei der Darstellung des Regionalplans bleiben möchte mit „Ja“, wer das nicht möchte mit „Nein“ oder „Enthaltung“ abstimmen müsse.

Der Vorsitzende eröffnet die geheime Abstimmung über folgenden

Beschlussvorschlag für die Sitzung:

Der Regionalrat stellt fest, dass die Sachlage in Bezug auf den Bereich „Buschfeld“ in der Stadt Solingen gegenüber der Einschätzung im Rahmen des Verfahrens zur Erarbeitung des Regionalplans Düsseldorf unverändert ist und schließt sich der Stellungnahme der Regionalplanungsbehörde hinsichtlich des Verzichts auf die Einleitung eines Regionalplanänderungsverfahrens an.

Herr Kießling (Verwaltung) ruft anschließend die stimmberechtigten Mitglieder zur Wahl auf.

Anschließend verliest Herr Petrauschke (CDU) das Abstimmungsergebnis mit 15 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung.

Damit ist der Beschlussvorschlag abgelehnt worden.

Herr Petrauschke (CDU) erklärt auf Nachfrage von Herrn Tietz (Bündnis 90/Die Grünen) zum Verfahren, dass aus der Ablehnung des Beschlussvorschlages der Verwaltung nicht zwangsläufig ein Auftrag an die Verwaltung, einen Erarbeitungsbeschluss für eine Regionalplanänderung im Bereich des GIB Buschfeld vorzubereiten, erfolge. Ferner sei angesichts des Patts gegenwärtig nicht davon auszugehen, dass eine Abstimmung über einen Erarbeitungsbeschluss zu einem anderen Ergebnis führte. Die Fraktionen müssten sich jetzt überlegen, ob es zur nächsten Sitzung des Planungsausschusses zu einer anderen Formulierung komme.

Herr Hildemann (SPD) und Herr Wurm (SPD) richten sich angesichts des abgelehnten Beschlussvorschlages mit der Frage an die Verwaltung, wie diese gedenkt, sich gegenüber der Stadt Solingen zu verhalten bzw. wie diese das Abstimmungsergebnis gegenüber der Stadt Solingen artikuliert. Herr Kießling (Verwaltung) hält hierzu ohne abschließende Würdigung der Sachlage als erste Einschätzung fest, dass die Vorbereitung eines Erarbeitungsbeschlusses

durch die Verwaltung angesichts verfahrensrechtlicher Vorgaben wie bspw. der frühzeitigen Beteiligung etc. einen nicht unerheblichen Aufwand erfordere. Die Verwaltung würde daher allein aus Effizienzgründen einen solchen Erarbeitungsbeschluss nur vorbereiten wollen, wenn hinreichend sichergestellt ist, dass ein solcher Erarbeitungsbeschluss dann auch eine Mehrheit findet. Insofern wäre es eine Möglichkeit, dass der Regionalrat die Verwaltung mit der Vorbereitung eines Erarbeitungsbeschlusses beauftragt. Abschließend stellt Herr Kießling klar, dass die Bezirksregierung nicht Träger der Regionalplanung ist und daher keinen Erarbeitungsbeschluss fassen kann. Stand heute kann die Verwaltung der Stadt Solingen nur das Ergebnis der Abstimmung mitteilen.

Herr Krause (Bündnis 90/Die Grünen) macht deutlich, dass aus Sicht seiner Fraktion aus der Ablehnung des Beschlussvorschlags der Verwaltung ein Auftrag zur Änderung des Regionalplanes folge. Sollte es bei der Haltung der Verwaltung bleiben, müssten die Fraktionen des Regionalrates sich daher darauf verständigen, einen eigenen Antrag zu stellen.

Herr Petruschke (CDU) erklärt unter Verweis auf die bestehende Pattsituation, dass auf Antrag einer Fraktionen heute über einen Erarbeitungsbeschluss für eine Regionalplanänderung abgestimmt werden könnte und hält fest, dass dies keiner beantragt hat.

Herr Thiel (SPD) empfiehlt angesichts der Bedeutung der Fragestellung ggf. eine überfraktionelle Beratung im Ältestenrat. Herr Petruschke bedankt sich für diesen Vorschlag und schließt den Tagesordnungspunkt angesichts keiner weiteren Wortmeldungen.

TOP 5 Prioritätenreihungen der Maßnahmen des Landesstraßenbauprogramms 2019 für die Um- und Ausbaumaßnahmen an Landesstraßen bis 3,0 Mio. € Gesamtkosten (UA IIa) und der Maßnahmen des Landesstraßenbauprogramms 2019 für die Radwegebaumaßnahmen an bestehenden Landesstraßen (UA IIr)

hier: Berichterstattung und Beschlussfassung

Gegenstand war die Sitzungsvorlage 5/ 75 RR vom 05.11.2018.

Herr Edelhoff (SPD) berichtet über die Beratung im Verkehrsausschuss.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Der Regionalrat beschließt einstimmig in seiner Sitzung am 13.12.2018 zur Sitzungsvorlage 5/75 RR vom 05.11.2018 die Priorisierung der der Um- und Ausbaumaßnahmen an Landesstraßen bis 3,0 Mio. EUR Gesamtkosten (Anlage 1) und der Radwegebaumaßnahmen an bestehenden Landesstraßen (Anlage 2) für das Jahr 2019.

TOP 6 Landesstraßenbauprogramm 2019 für Maßnahmen des Landesstraßenausbauplans (UA Iii)
hier: Berichterstattung

Gegenstand war die Sitzungsvorlage 6/ 75 RR vom 05.11.2018.

Herr Schroeren (CDU) berichtet über die Beratung im Verkehrsausschuss.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Der Regionalrat beschließt einstimmig in seiner Sitzung am 13.12.2018 zur Sitzungsvorlage 6/ 75 RR vom 05.11.2018 die Aufnahme der Maßnahmen „L 381 Ausbau in Korschenbroich, BA Volksbadstraße bis Korschenbroich“ in das Landesstraßenbauprogramm 2019 für Maßnahmen des Landesstraßenausbauplans.

TOP 7 Beteiligung im Verfahren zur Freistellung von Bahnbetriebszwecken nach § 23 AEG

Gegenstand waren die Sitzungsvorlage 7/ 75 RR vom 25.10.2018.

Herr Edelhoff (SPD) berichtet über die Beratung im Verkehrsausschuss.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Der Regionalrat nimmt in seiner Sitzung am 13.12.2018 zur Vorlage 7/ 75 RR vom 15.10.2018 die Sachverhaltsschilderung zur Beteiligung im Verfahren zur Freistellung von Bahnbetriebszwecken nach § 23 AEG zur Kenntnis und überträgt der Regionalplanungsbehörde die Vorgänge nach § 23 AEG als Geschäft der laufenden Verwaltung.

TOP 8 Kunst- und Kulturförderung

Gegenstand war die Sitzungsvorlage 8/ 75 RR vom 14.11.2018.

Herr Dr. Fils (CDU) berichtet über die Beratung im Strukturausschuss.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Der Regionalrat fasst einstimmig in seiner Sitzung am 13.12.2018 den folgenden Beschluss zur Sitzungsvorlage 8/ 75 RR vom 14.11.2018:

Der Regionalrat berät die Projektplanungen zur Regionalen Kulturpolitik für das Jahr 2018 und setzt gemäß § 9 (3) LPIG die in der Anlage aufgeführten Vorhaben als prioritär fest.

Der Regionalrat nimmt den Rückblick auf die Förderung 2018 zu Kenntnis.

TOP 9 Gefahrenermittlung und Sanierung von Altlasten sowie weitere Maßnahmen des Bodenschutzes

Gegenstand der Beratung waren die Sitzungsvorlagen 5/ 64 StA und 9/ 75 RR vom 05.11.2018.

Herr Krause (Bündnis 90/Die Grünen) berichtet über die Beratung im Strukturausschuss.

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

Der Regionalrat fasst in seiner Sitzung am 13.12.2018 zur Sitzungsvorlage 9/ 75 RR folgenden Beschluss einstimmig:

Der Regionalrat stimmt der Dringlichkeitsliste 2019 „Gefährdungsabschätzung und Sanierung von Altlasten“ und der Förderliste „Maßnahmen des Bodenschutzes, kommunale Planung und Erfassung“ zu.

TOP 10 Resolution des RR Köln zum Strukturwandel im Rheinischen Revier vom 28.08.2018

Herr Papen (CDU) begrüßt die gemeinsame Resolution von CDU, SPD und FDP/FW, da der massive Umbruch von allen wohlwollend unterstützt werden sollte. Der Regionalrat wird die

Änderungen begleiten. Ferner weist Herr Papen darauf hin, dass zu der vorliegenden Resolution noch ein Ergänzungsvorschlag vorliegt, den Herr Brügge vortragen wird.

Herr Brügge (CDU) schlägt unter Verweis auf die unter den Fraktionen von CDU, SPD und FDP/FW erfolgte Abstimmung vor, den Absatz auf der 1. Seite, der mit dem Satz „Der Regionalrat Düsseldorf fordert die Bundesregierung und das Land Nordrhein-Westfalen auf (...)“ beginnt, am Ende um folgenden Satz zu ergänzen:

„Auch dürfen etwaige Entschädigungsleistungen an Kraftwerksbetreiber für die vorzeitige Stilllegung von Kraftwerkseinrichtungen auf die erforderlichen finanziellen Mittel nicht angerechnet werden“.

Herr Krause (Bündnis 90/Die Grünen) begrüßt, dass das Thema den Regionalrat erreicht hat. Er befürchtet allerdings, dass die Resolution mit der „heißen Nadel“ gestrickt ist.

Das Kernproblem des CO₂-Ausstoßes wird umschifft. Eine neue Leitentscheidung zum Klimaschutz fehlt. Die vielen Fördermöglichkeiten sollten im Regionalrat zukünftig vorgestellt und eine breite Diskussion geführt werden. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird sich enthalten, da vorher noch viele Gespräche geführt werden sollten.

Wie Herr Krause möchte Herr Wurm (SPD) das Thema Braunkohle im Struktur- oder Planungsausschuss vertiefend aufnehmen. Durch das Auslaufen des Braunkohleabbaus wird es zu jahrzehntelangen Auswirkungen auf die Wirtschaft und den Verkehr in der Planungsregion Düsseldorf kommen. Mit dieser langjährigen Aufgabe werden sich der Bund, das Land und die Regionalräte Köln und Düsseldorf beschäftigen. Die SPD möchte mit der Resolution deutlich machen, dass Wert darauf gelegt wird wie im sozialen, wirtschaftlichen und auch ökologischen Sinn der Strukturwandel durchgeführt wird.

Es wird verdeutlicht, dass man sich der Verantwortung stellt und deshalb sind die Detailfragen im Struktur- oder Planungsausschuss besser aufgehoben.

Herr Steinmetz (IHK) weist darauf hin, dass neben dem Thema Strukturwandel auch das Thema Energiepolitik eine wichtige Aufgabe der Kommission ist, die diese zu lösen hat.

Herr Thiel (SPD) hält fest, dass eine neue Leitentscheidung nur von der Landesregierung getroffen werden könne und nicht von der Bundesregierung. Er erwarte bei den neuen veränderten Aspekten einen spannenden politischen Prozess.

Der Regionalrat beschließt einstimmig bei fünf Stimmenthaltungen von der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen und der Vertreterin der Partei Die Linke die Resolution des Regionalrates Düsseldorf zum Strukturwandel im Rheinischen Revier mit Ergänzung.

1. Der Regionalrat Düsseldorf unterstützt die Eckpunkte eines Wirtschafts- und Strukturprogramms der Zukunftsagentur Rheinisches Revier.
2. Der Umbau des Rheinischen Reviers in eine zukunftsfähige Region ist der größte Transformationsprozess der nächsten Jahrzehnte in Europa, der nur durch massiven Einsatz von Investitionen in den räumlichen Umbau und in zukunftsfähige Infrastrukturen bewältigt werden kann.

Die Wirtschaft im Rheinischen Revier ist stark von mittelständischen, aber im Wesentlichen auch von energieerzeugenden und energieintensiven Unternehmen geprägt. Neben den direkt mit der Energieerzeugung befassten Unternehmen (Braunkohlentagebau und Kraftwerkspark) haben sich hier überdurchschnittlich viele energieintensive Unternehmen angesiedelt, die in Wertschöpfungsketten miteinander verbunden sind. Diese Verbundstruktur ist ein Alleinstellungsmerkmal des Rheinischen Reviers und ein Fundament für den Erfolg des Wirtschaftsraumes.

Der Regionalrat Düsseldorf fordert die Bundesregierung und das Land Nordrhein-Westfalen auf, die Region bei der Bewältigung dieser Herausforderung aktiv zu unterstützen und die erforderlichen finanziellen Mittel, insbesondere für den Um- und Ausbau der Infrastrukturen, als Vorleistung zur Gestaltung des wirtschaftsstrukturellen und räumlichen Wandels bereitzustellen. Dies ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die einer langfristigen Begleitung und Ausstattung bedarf und nicht zu Lasten anderer, noch im Strukturwandel befindlichen Regionen NRWs gehen darf. *Auch dürfen etwaige Entschädigungsleistungen an Kraftwerksbetreiber für die vorzeitige Stilllegung von Kraftwerkseinrichtungen auf die erforderlichen finanziellen Mittel nicht angerechnet werden. (Ergänzung)*

In der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung werden zurzeit grundlegende Weichen für die Bewältigung des Strukturwandels im Rheinischen Revier gestellt. Dies nimmt der Regionalrat zum Anlass, ein klares Signal an die Mitglieder der Kommission, an die Bundesregierung und das Land Nordrhein-Westfalen zu richten, die Region bei dieser immensen Herausforderung aktuell und langfristig aktiv zu unterstützen und die erforderlichen finanziellen Mittel

bereitzustellen, um bei der Weichenstellung die Bedeutung der energieintensiven Industrien und der implementierten Wertschöpfungsketten für die Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland zu berücksichtigen und einer dauerhaft verfügbaren und sicheren Energieversorgung zu international wettbewerbsfähigen Preisen eine hohe Priorität einzuräumen. Das Rheinische Revier ist in seiner räumlichen Ausdehnung und durch die Braunkohlenutzung geprägten Charakter einzigartig in Europa. Dabei führen die gewaltigen Veränderungen im Rheinischen Revier nicht nur zu großen Herausforderungen für die zukünftige Entwicklung, sondern beinhalten auch die einmalige Chance einer zukunftsfähigen Neuordnung des Raumes. Dies kann nur in gemeinsamer Verantwortung und mit enormen Anstrengungen in räumlicher, inhaltlicher und finanzieller Hinsicht gelingen. Dabei gilt es, über investive Vorleistungen in die Infrastrukturen, die Voraussetzungen zur Bewältigung des wirtschaftlichen und räumlichen Strukturwandels zu schaffen.

Dieser Herausforderung ist sich die Region bewusst und unterstützt mit den beigefügten „Eckpunkten eines Wirtschafts- und Strukturprogramms“ der Zukunftsagentur Rheinisches Revier einen ersten regional abgestimmten Strategieansatz für das Rheinische Revier.

Das Revier ist eine sehr dynamische Region, die in den letzten Jahrzehnten vom Wandel durch den Braunkohletagebau geprägt war. Mit dem Strukturprogramm soll die Transformation zu einer Modellregion mit zukunftsfähiger Wirtschafts-, Siedlungs-, Verkehrs- und Freiraumentwicklung gestaltet werden.

Die wesentlichen Ziele und Konzepte des Rheinischen Zukunftsreviers werden in vier Zukunftsfeldern gebündelt:

1. Energie und Industrie:

Das Energierevier der Zukunft verknüpft und beantwortet die zukünftigen Herausforderungen einer klimafreundlichen Energiewende aus der Perspektive der Verbraucher/Nutzer und Hersteller von Energie und Mobilität. Es sichert insbesondere die Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Industrie der Region. Daher ist einer dauerhaft verfügbaren und sicheren Energieversorgung zu international wettbewerbsfähigen Preisen eine hohe Priorität einzuräumen.

2. Raum und Infrastruktur:

Über Jahrzehnte verhinderten die großen Tagebaue mit ihrer Barrierewirkung eine zusammenhängende Entwicklung des Raumes und die Herausbildung von vernetzten Infrastrukturen. Bei der Gestaltung eines integrierten räumlichen Zukunftsbildes ist der massive Ausbau geeigneter Verkehrsinfrastrukturen erforderlich, um den Raum

zu erschließen und an die großen Ballungszentren Köln, Düsseldorf, Mönchengladbach und Aachen optimal anzubinden, sowie die zentrale Lage an den Korridoren der internationalen Güterverkehrsströme zu nutzen. Hier bietet sich die einmalige Chance der Entwicklung und Erprobung innovativer Technologien zur Gestaltung einer klimaneutralen und multimodalen Mobilität.

Das Rheinische Revier ist in den kommenden Jahrzehnten die größte Landschaftsbaustelle Europas. Es gilt, diesen räumlichen Wandel so zu gestalten, dass neue Standortqualitäten für Wohnen und Arbeiten entstehen. Hierfür braucht es zukunftsweisende Konzepte und weitreichende öffentliche Investitionen in den Umbau des Raumes.

Zudem erfordert die Gestaltung einer zukunftsfähigen Wirtschaftsregion neben der Weiterentwicklung bergbaubedingter Industrieflächen eine Standortprofilierung für regional abgestimmte übergeordnete Flächenentwicklungen.

3. Innovation und Bildung:

Durch Einbindung der Innovations- und Wertschöpfungspfade der vorhandenen exzellenten Hochschul- und Forschungseinrichtungen soll ein InnovationsREVIER geschaffen werden. Wesentliche Bausteine sind u.a. Schaffen von Räumen für eine wegweisende Gründungskultur, verstärkte Anwendungsorientierung der Forschung und Entwicklung in der regionalen Wirtschaft und Profilierung einer zukunftsorientierten Aus- und Weiterbildungskultur.

4. Ressource und Agrobusiness:

Hier wird das strategische Ziel verfolgt, das Rheinische Revier schrittweise zu einer Modellregion möglichst geschlossener Stoffkreisläufe zu entwickeln. Mit der Entwicklung einer Agrobusiness-/Bioökonomie Region sollen die optimalen Voraussetzungen der landwirtschaftlichen Produktions- und Distributionsbedingungen (hohe Bodenqualität, Nähe zu Großstädten) zum Aufbau einer regionalen Wertschöpfungskette eingebunden werden.

Der Regionalrat Düsseldorf sieht in den Eckpunkten eines regional abgestimmten Wirtschafts- und Strukturprogramms der Zukunftsagentur Rheinisches Revier die richtige Weichenstellung zur Bewältigung des Strukturwandels. Dieser muss von einem massiven Einsatz von Investitionen in den Raum, in zukunftsfähige Infrastrukturen, Bildung und Innovation begleitet werden.

Der Regionalrat Düsseldorf ist sich seiner Verantwortung zur Gestaltung des Strukturwandels bewusst und wird seinen Beitrag durch entsprechende

themenbezogene Änderungen des Regionalplanes Düsseldorf (RPD) leisten. Diese können die Schaffung von mehr Wohnraum durch zusätzliche Allgemeine Siedlungsbereiche, mehr Wirtschaftsflächen durch zusätzliche Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereiche, sowie Neudarstellungen von Verkehrsinfrastrukturen für Straßen und Schienen aber auch von regionalen Freiraumstrukturen betreffen, die durch Fach- und Bauleitplanungen konkretisiert werden können. Auch dürfen etwaige Entschädigungsleistungen an Kraftwerksbetreiber für die vorzeitige Stilllegung von Kraftwerkseinrichtungen auf die erforderlichen finanziellen Mittel nicht angerechnet werden.

Regionale Wirtschaftsstandorte:

Der Regionalrat Düsseldorf wird die räumlichen Erfordernisse für einen erfolgreichen Strukturwandel in den vorgenannten Regionalplan-änderungsverfahren auf der Grundlage von noch zu erarbeitenden Konzepten abbilden und der Sonderstellung des Rheinischen Reviers gerecht werden (LEP Entwurf Grundsatz 5-4 Strukturwandel in Kohleregionen). Hierzu müssen in regionaler Abstimmung qualifizierte Standorte, Infra- und Freiraumstrukturen benannt und inhaltlich profiliert werden. Neben den einzelnen kommunalen Gewerbe- und Industriegebieten sollen diese Standorte die national bis international wirksamen Motoren einer modellhaft entwickelten Wirtschaftsregion der Zukunft darstellen. Ebenso bedeutend wie die räumliche Bündelung von strukturwirksamen Kernstandorten ist deren inhaltliche Profilierung und Qualifizierung.

Hier gilt es, modellhafte Konzepte für eine Wirtschaft der Zukunft mit experimentellen Ansätzen zu Infrastruktur, Mobilität, Nutzungsvielfalt und -dichte sowie klima- und raumverträglichen Inanspruchnahme der Ressource Boden zu erproben. Der Regionalrat Düsseldorf wird ein besonderes Augenmerk auf die energieintensive Industrie, insbesondere Papier-, Chemie-, Glas-, Stahl-, Aluminium- und weitere Metallindustrie sowie Nahrungs- und Futtermittelindustrie legen.

Siedlungsentwicklung:

Bei der Änderung des Regionalplanes wird der Regionalrat Düsseldorf die Potentiale des Rheinischen Reviers als Entlastungsraum für die naheliegenden Zentren einbeziehen.

Freiraum gestalten:

Der Regionalplan sichert ein zusammenhängendes Freiraumsystem. Der Regionalrat Düsseldorf wird in den vorgenannten Änderungsverfahren die Entwicklung zu einer klimawandelresilienten Folgelandschaft mit hoher regionaler Wertschöpfung

ermöglichen. Dieses soll den geeigneten Rahmen bereiten, um die im Strukturkonzept aufgeführten Impulse für neue Wertschöpfungsketten im Einklang mit den Anforderungen an ein Freiraumsystem mit hoher Lebens- und Erholungsqualität umzusetzen.

Der Ausstieg aus der Braunkohleverstromung ist nicht nur eine regionale, sondern vor allem eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die auf Bundes- und Landesebene entsprechend mit gestaltet und werden muss. Der Umbau zu einer Region der Zukunft mit modellhaften Ansätzen einer verantwortungsvollen Wirtschafts- und Raumentwicklung ist ein dynamischer Entwicklungsprozess über einen langen Zeitraum, der nur mit einem massiven Einsatz von Investitionen gelingen kann. Deshalb fordert der Regionalrat die Bundesregierung und das Land Nordrhein-Westfalen auf, die Region bei der Bewältigung dieser Herausforderung aktiv zu unterstützen und die erforderlichen finanziellen Mittel bereitzustellen. Dies bedarf einer langfristigen Begleitung und Ausstattung.

Der Vorsitzende beendet die Regionalratssitzung um 11.20 Uhr.

gez. Petrauschke
(Vorsitzender des
Regionalrates)

gez. Reese
(stellvertr. Vorsitzender
des Regionalrates)

gez. Gunkel
(Schriftführerin
Geschäftsstelle)

Der Regionalrat Düsseldorf

- Anwesenheitsliste -

Regionalratssitzung am 13.12.2018

Stimmberechtigte Mitglieder und Fraktionsgeschäftsführer:

CDU-Fraktion

Name	anwesend
Amfaldern, Nanette	√
Brügge, Dirk	√
Dr. Fils, Alexander	√
Gluch, Waldemar	√
Humpert, Karl Heinz	√
Läckes, Manfred	√
Müller, Michael	√
Papen, Hans-Hugo	√
Petrauschke, Hans-Jürgen	√
Post, Norbert	√
Schmickler, Günter	√
Schroeren, Michael	√
Selders, Hannes	√
Vielhaus, Ewald	√
Welter, Thomas	√

SPD-Fraktion

Name	anwesend
Bechstein, Klaus	
Bedronka, Bernd	√
Edelhoff, York	√
Eicker, Sigrid	√
Hengst, Jürgen	√
Hildemann, Michael	√
Hornbostel, Rolf	√
Reese, Klaus Jürgen	√
Sinowenka, Friederike	√
Thiel, Rainer	√
Welp, Axel C.	
Wurm, Günter	√

FDP/FW-Fraktion

Name	anwesend
Dr. Grumbach, Hans-Joachim	√
Müller, Ulrich G.	√
Schiffer, Hans Lothar	√
Suika, Jörn	√

Bündnis 90/ Die Grünen

Name	anwesend
Arndt, Ingeborg	√
Krause, Manfred	√
Patalla, Sandra	√
Sickelmann, Ute	√
Tietz, Uwe	√

Linkspartei

Name	anwesend
Herhaus, Susanne	√

fraktionslos

Name	anwesend
Heitzer, Jürgen	

Beratende Mitglieder

Name		anwesend
Dr. Hoffmann, Christian	Arbeitgebervertretung	√
Steinmetz, Jürgen	Arbeitgebervertretung	√
Zipfel, Josef	Arbeitgebervertretung	√
Arens, Guido	Arbeitnehmervertretung	
Kaus, Karsten	Arbeitnehmervertretung	√
Wolf, Sigrid	Arbeitnehmervertretung	√
Buck, Antje	Kommunale Gleichstellungsstellen	√
Gerkens, Bert	Sportverbände	√
Wenzel, Stefan	Naturschutzverbände	
Stieber, Andreas-Paul	Landschaftsverband Rheinland	√
Düsseldorf	OB/Vertr.	
Krefeld	OB/Vertr.	
Mönchengladbach	OB/Vertr.	√
Remscheid	OB/Vertr.	
Solingen	OB/Vertr.	
Wuppertal	OB/Vertr.	
Kleve	Landrat/Vertr.	√
Mettmann	Landrat/Vertr.	√
Neuss	Landrat/Vertr.	√
Viersen	Landrat/Vertr.	

Teilnehmer von der Bezirksregierung Düsseldorf:

Frau Regierungspräsidentin Radermacher	
Frau Abteilungsdirektorin Dr. Küster	Abteilung 5
Herr Regierungsbaudirektor Schürmann	RP-Büro
Herr Regierungsdirektor Kießling	Dezernat 32
Frau Knappert	
Frau Leitende Regierungsdirektorin Schmittmann	Dezernat 32
Frau Regierungsbaudirektorin Blinde	Dezernat 32
Herr Regierungsbeschäftigter Häfner	Dezernat 32
Herr Oberregierungsbaurat Weiß	Dezernat 32
Herr Oberregierungsrat Falkner	Dezernat 32
Frau Regierungsamtfrau Gunkel	Dezernat 32
Frau Regierungsamtfrau Sablofski	Dezernat 32

Rede von Frau Regierungspräsidentin Birgitta Radermacher anlässlich der Regionalratssitzung am 12.12.2018

[TOP 3 – Informationen über die aktuelle Entwicklung im Regierungsbezirk Düsseldorf]

- *„Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
Sehr geehrte Damen und Herren des Regionalrats,
Sehr geehrte Gäste“*

- Begrüßung zur 75. Sitzung des Regionalrats
- Viele der Themen, die zu Beginn des Jahres anstanden, beschäftigen uns immer noch und werden uns voraussichtlich auch in 2019 weiter beschäftigen
- Zu nennen sind hier zum Beispiel:
 - Die Luftreinhalteplanung und die drohenden Fahrverbote
 - Der Zustand der Verkehrsinfrastruktur; insbesondere unserer Brücken
 - Die Versorgung mit ausreichend Lehrern und Schulraum
 - Die Integration der zu uns geflüchteten Menschen
 - Die Schaffung von ausreichend Wohnraum
 - Die Digitalisierung; nicht nur der öffentlichen Verwaltung und damit auch der Bezirksregierung Düsseldorf, sondern auch der Schulen, Gewerbegebiete und Privathaushalte
- Neu hinzugekommen ist die lange Dürre und ihre Auswirkungen auf die Flüsse und damit auch für die Trinkwassergewinnung und Wassernutzung
- Ich möchte aber heute nicht diese Herausforderungen thematisieren
- Allerdings können wir in der letzten Sitzung des Jahres einen Blick darauf werden, was wir geschafft und bewirkt haben
- Und das war auch in 2018 einiges:

Erfolge

- Zahlreiche Planfeststellungsverfahren, ob für Straßen, Schienen und Energieleitungen wurden durchgeführt; hier freut mich besonders, dass wir noch in diesem Jahr den

Planfeststellung für die so wichtige Brücke Neuenkamp in Duisburg fertigstellen werden; nach nicht einmal einem Jahr!

- Wir haben zahlreiche Kampfmittel entschärft und geborgen: 120 Sprengbomben sowie fast 10.000 sonstige Kampfmittel. Häufig konnten diese Einsätze geplant werden; aber in 1.500 Fällen handelte es sich um Zufallsfunde, bei denen die Kampfmittel durch Dritte z.B. bei Bauarbeiten gefunden wurden.
- Wir organisieren die landeseigenen Flüchtlingseinrichtungen; derzeit sind über 2.000 Plätze in unseren Landeseinrichtungen belegt; den Kommunen im Regierungsbezirk Düsseldorf wurden in 2018 ca. 6.000 Personen zugewiesen
- wir unterstützen die kommunalen Ausländerbehörden; nicht zuletzt die Stadt Essen bei der Gründung der Zentralen Ausländerbehörde für den Regierungsbezirk Düsseldorf
- Wir haben zahlreiche Förderverfahren zur Auszahlung der Mittel aus dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz durchgeführt; für unseren Regierungsbezirk stehen insgesamt über 650 Mio. € zur Verfügung, mit deren Auszahlung bereits begonnen worden ist
- Im Frühjahr ist der neue Regionalplan Düsseldorf in Kraft getreten; und die Arbeiten für die ersten Änderungen sind längst im vollen Gange
- Wir haben fast 4,8 Millionen € in den ländlichen Raum bewilligt; z.B. für Bodenordnung und Dorferneuerung
- Zur Breitband- und Heimatförderung habe ich in der letzten Regionalratsrede bereits berichtet; seitdem wurden zahlreiche weitere Anträge gestellt
- 142 Mio. € haben wir in den Bereichen Europäischer Fond für regionale Entwicklung, Regionale Wirtschaftsförderprogramme, Arbeitsmarktpolitische Förderung und sozialpolitische Förderung bewilligt
- Im Bereich der Städtebauförderung gingen 130 Mio. € an die Kommunen; so viele Fördermittel wurden in diesem Bereich noch nie bewilligt
- Für 65 Denkmäler sind insgesamt fast 5 Millionen € bewilligt worden
- Über 80 Mio. € sind in die Kulturförderung geflossen
- Auch im Umweltbereich haben wir zahlreiche Förderungen durchgeführt:
 - Im Bereich Naturschutz und Landschaftspflege: ca. 1,7 Mio. €
 - Im Bereich Altlasten und Bodenschutz: ca. 1,7 Mio. €
 - Für die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie: mehr als 5 Mio. €
 - Für Hochwasserschutz und Deichsanierung: mehr als 10 Mio. €
- Wir haben den Austausch mit unseren niederländischen Nachbarregionen fortgesetzt

- Wir haben zahlreiche Lehrerinnen und Lehrer eingestellt und konnten die Besetzungsquote erheblich steigern
- Und das ist nur eine kleine Auswahl
- Daneben sind wir ständig in unzähligen Bereichen am Anerkennen, Genehmigen, Anhören, Prüfen, Beraten, Überwachen, Koordinieren, Bündeln,...
- Sie sehen, wir sind mit vielen Themen beschäftigt und haben viel geleistet
- Deswegen mache ich mir auch keine Sorgen, dass wir die Herausforderungen, die vor uns liegen, selbstbewusst annehmen können

Personalwechsel

- Zum Abschluss möchte ich noch auf einen Personalwechsel hinweisen
- Herr Kießling wird uns Anfang Februar nächsten Jahres für einige Zeit verlassen und sich neuen Aufgaben beim RVR in Essen widmen
- Seit 2014 hat er die Geschäftsstelle des Regionalrates geleitet
- Lieber Herr Kießling, für Ihr Engagement danke ich Ihnen sehr! Für Ihre neuen Aufgaben ein glückliches Händchen.
- Ich freue mich, dass ich Ihnen heute schon die Nachfolgerin vorstellen kann: Frau Knappert
- Kleiner Wehmutstropfen: sie kann leider erst am 01.05.2019 Ihre neue Aufgabe wahrnehmen
- Aber das Dezernat 32 ist gut aufgestellt, auch diese Übergangszeit gut hinzubekommen

Abschluss

- Ich wünsche Ihnen eine frohe Weihnachtszeit und für 2019 alles Gute